21, 1—9). Auf Todtschlag stand nicht die Strafe des Todes; war aber der Todtschläger noch nicht in eine Asylstadt gelangt, so konnte der nach der Sitte Blutrache übende Verwandte des Erschlagenen ihn ungestraft tödten (Num. 35, 25 ff. Deut. 19, 6).

II. Nach römischem Recht wurde Mord, auch schon die Vorbereitung dazu, gemäß der *lex Cornelia de sicariis et veneficiis* mit Deportation bestraft; Leute niedrigen Standes wurden meist hingerichtet, den Thieren vorgeworfen u. ä. (L. 1; 3, § 5, 7; 16 Dig. 48, 8). Mit dem Tode wurde der Verwandtenmord bestraft nach der *lex Pompeja de parricidiis* (L. 1 Dig. 48, 9). Die alterthümliche Verschärfung der Todesstrafe für Elternmord (*poena culci*: L. 9, § 1 Dig. 48, 9; der blutig gezeißelte Verbrecher wird mit einem Hund, einem Hahn, einer Viper, einem Affen in einen Sack genäht, in's Meer geworfen oder den wilden Thieren vorgeworfen) wurde durch Constantin auch auf Kindsmord ausgedehnt (L. un., Cod., 9, 17). (Vgl. Brunnenmeister, Das Tödtungsverbrechen im altröm. Recht, Leipzig 1887.)

III. Nach dem germanischen Recht der Urzeit zählte der Mord, d. i. die heimliche Tödtung, zu den sog. Reibdingswerten, welche mit dem Opfertod des Schuldigen gefühnt wurden. An Stelle des Todes trat später vielfach eine Ablösung durch Zahlung des Wergeldes (Löschung des Halses). Die Kirche bekämpfte die Tödtung des Verbrechers, nicht immer mit günstigem Erfolge. Die nicht zu den Reibdingswerten zählenden Uebelthaten waren der Auseinandersetzung der verletzten Partei mit dem Verbrecher überlassen. Diese Auseinandersetzung konnte durch Ausöhnung beider Theile sich vollziehen oder durch Klage auf Friedlosklärung, d. i. Achtung des Schuldigen, oder durch Privatrache in der Fehde. Für die Tödtung mußten die Erben des Getödteten in der einen oder andern Weise Genugthuung heischen. Die Fehde als Blutrache ging auch gegen die Verwandten des Thäters. Die Uebung des Fehderechtes einzuschränken, war von Anfang an das Ziel des christlichen Königthums. Als wirksamstes Mittel erschien es, die Pflicht der Fehdeberechtigten zu statuiren, die vom Verbrecher angebotene Ausöhnung anzunehmen und das Maß dieser Sühneleistung gesetzlich zu fixiren. Dieß ist der dem Compositions-system zu Grunde liegende Gedanke. Die Zahlung des Wergeldes für den Erschlagenen fühlte also das Verbrechen den Verwandten gegenüber, eine Fehde war ausgeschlossen; deren Gegentheile, die Urfehde, mußte beschworen werden, und als Sühne für die verletzte öffentliche Ordnung wurde das Friedensgeld (*freda*) an den Gerichtsherrn gezahlt. Zugleich hatte das Wergeld auch die Bedeutung eines gesetzlich bestimmten Schadenersatzes und mußte daher als Aequivalent des Getödteten auch bei nicht doloser Tödtung gezahlt werden. Im Anschlusse an burgundisches und westgotisches Recht bestimmte 595 Hildebert II., daß bei freiwilliger, böllig unbegründeter Tödtung eine Ab-

lösung ausgeschlossen sei und der Mörder mit dem Tode bestraft werden solle. Doch griff die Aenderung nicht durch, und erst durch das Reichs-Landfrieden-Gesetz Friedrichs I. (1152) wurde der Mord als Friedensbruch für ein todeswürdiges Verbrechen erklärt. Nur rein unabsichtliche Tödtungen wurden noch durch Vereinbarungen des Thäters mit der Familie des Getödteten gefühnt, sonst wurde der Mörder nach durchgeführtem peinlichen Verfahren durch das Schwert oder den Strang hingerichtet. In einigen Fällen traten grausame Verschärfungen ein. Dieser Zustand wurde 1532 durch die peinliche Halsgerichtsordnung Karls V. befestigt. (Vgl. Wilba, Das Strafrecht der Germanen, Halle 1842, 686—728; Schröder, Lehrb. d. deutschen Rechtsgeschichte, Leipz. 1889, 70—78. 330—346. 702 bis 708, woselbst reiche Literaturangaben.) Ueber die fernere Entwicklung und das geltende Recht vgl. die Darstellungen des gemeinen deutschen Strafrechts von Berner, 15. Aufl., Leipz. 1888, § 179 bis 184; Schütze, 2. Aufl., Leipz. 1874, 372—385.

IV. Der Abscheu der Kirche vor dem Verbrechen des Mordes, dieser schreienden Verletzung des fünften Gebotes im Decalog, braucht nicht erst erwiesen zu werden. Der Mord zählte zu den Capitalstünden, deren Absolution nach der strengen alten Disciplin vieler Kirchen gar nicht oder nur einmal gewährt wurde. Nach den in die Rechtsammlungen übergegangenen Bestimmungen der Synode von Ancyra 314, c. 22, 23, sollte der vorsätzliche Mörder mit lebenslänglicher Buße bestraft werden (c. 44, Dist. 50), der unfreiwillige Todtschläger 7 oder wenigstens 5 Jahre Buße thun (c. 42, Dist. 50). Daß der Giftmörder erst auf dem Todbette die Communion erhalten solle, schärft die Synode von Lerida 546, c. 2, ein, und die Synode von Reims 625, c. 9, verfügte daselbe bei wissenschaftlichem vorsätzlichem Mord. Die Päpstenbücher bestimmen in reicher Casuistik nach der Schwere des Falles und nach dem Maße der Ueberlegung des Thäters die demselben aufzulegenden Bußen. Die Ansätze schwanken zwischen 15 Jahren für den zum Mörder gewordenen Bischof (c. 41, Dist. 50) und den *parricida*, den Mörder eines Verwandten, der Frau, des Priesters (Poen. *Vallicoll. II*, 3, 6), und 40 Tagen für die auf Befehl des Herrn vollzogene Tödtung (Poen. Theodor. L. I, c. 4, § 6), für die nicht notwendige Tödtung des ertappten Räubers oder Diebes (Burchardi *Corrector* c. 26; auch c. 2, X 5, 12), sowie für Mord eines Nichtchristen (c. 40, Dist. 50). Der Mord der Gattin und des Herrn (senior) soll nach Burchardus (Corr. c. 23) mit lebenslänglicher Buße belegt werden (c. 7, 8, C. XXXIII, q. 2). Elternmord wird mit zehnjähriger Buße bestraft (c. 15, C. XXXIII, q. 2); auffallend milde läßt die Synode von Worms 868, c. 30, den Vater- und Brudermörder schon nach zweijähriger Buße zur Communion zu, während c. 26 dem Priestermörder zehn Jahre dictirt. Im Anschlusse an die Synode von Tribur 895, c. 54—58, war eine Bußzeit